

Rede zum städteregionalen Haushalt 2019 von Uwe F. Lühr, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Städteregionsrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

immer wieder gibt es neue Herausforderungen, denen wir uns auch auf Ebene der Städteregion stellen müssen. Insbesondere fordern uns der Mangel an Pflegekräften, der hohe Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern, die immer geringer werdende Zahl an bezahlbaren Wohnungen und weiterhin der Klimawandel.

Bei allen Themen arbeiten wir an Antworten. Doch schnell wirksame Lösungen gibt es bekanntlich in den meisten Fällen nicht. Und auch die gelegentlich unterschiedlich gesetzten politischen Schwerpunkte sorgen für Hürden und Diskussionsstoff, so dass es auch nicht verwundert, dass das Ergebnis für den heute zu verabschiedenden Haushalt ebenso differenziert gewichtete Änderungswünsche der Mitglieder dieses Gremiums beinhaltet.

Lassen Sie mich auf drei unserer Änderungswünsche näher eingehen:

So haben wir den Posten „*upcycling*“ aufgenommen. Ein Thema, das man zuerst mit der Abfallwirtschaft in Verbindung bringen möchte. Doch wir ordnen dieses Zukunftsthema der Wirtschaftsförderung zu. In einem rohstoffarmen Land wie dem unseren wird es auf Sicht immer stärker erforderlich sein, für die ausgedienten Gebrauchsgüter nach einer weiteren Verwendung zu suchen. Startups, die sich diesem Aspekt zuwenden, sollen nach unseren Vorstellungen in den ersten beiden Jahren finanzielle Unterstützung erfahren. Dadurch benötigen sie weniger Zeit für die Kapitalbeschaffung und erhalten mehr Freiraum für die Suche nach neuen Verwendungszwecken aussortierter Produkte. Denkbar ist zudem ein Kreativ-Zentrum, an dem sich solche Startups untereinander helfen, unterstützen und inspirieren können. Und mit Blick auf den begonnenen Strukturwandel im rheinischen Braunkohlerevier sehen wir hierin einen Beitrag zu neuen dauerhaften Beschäftigungsmöglichkeiten.

Unser Ansatz „*Fassadenbegrünung*“. Dieses Anliegen hatten wir schon einmal in einem Antrag für den seinerzeitigen Unterausschuss „Modellregion Klimaschutz“ (kurz UAMK) formuliert. Doch dann wurde der Unterausschuss aufgelöst und übrig blieb nur noch eine Abendveranstaltung, die sich schwerpunktmäßig mit den unterschiedlichen Facetten der Dachbegrünung beschäftigte. Doch Dachbegrünung alleine ist zu wenig, um der weiteren Stadterwärmung und dem Insektensterben entgegenzuwirken sowie bei mehr Biodiversität erfolgreich zu sein. Fassadenbegrünungen sind also eine sinnvolle Ergänzung, die jeweils zielgerichteten Aktivitäten zu ergänzen.

„*Schaffung bezahlbaren Wohnraums*“. Der vor Jahrzehnten trotz eindringlicher Warnung eingeleitete Verkauf öffentlichen Wohneigentums und die Abschaffung der Wohngemeinnützigkeit haben dazu geführt, dass vielerorts für große Teile der Bevölkerung kaum noch bezahlbarer Wohnraum angemietet werden kann. Dies ist auch für die lokale Politik eine besondere Herausforderung. Sie erinnern sich, dass unter Mitinitiative unserer Fraktion die Verwaltung einstimmig mit der Erstellung eines Handlungskonzeptes beauftragt wurde, auf das wir jedoch bis heute warten. Das bedeutet aber nicht, dass es keinen Handlungsbedarf mehr gibt, weshalb wir zwei Positionen in unsere

Änderungsliste aufgenommen haben, die Teile eines möglichen Handlungskonzeptes sein könnten. Die eine Position betrifft die Installierung eines Leerstandsregisters auf städteregionaler Ebene, die andere die Unterstützung zur Errichtung oder Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum.

Das Leerstandregister soll ein transparentes Register sein, in das die Menschen die von ihnen entdeckten Leerstände melden können. Diese Meldungen sollen dann seitens der Verwaltung weiterverfolgt werden, damit gegebenenfalls bezahlbarer Wohnraum aktiviert werden kann.

Anmerkung: Unsere Verwaltung soll die jeweiligen Meldungen an die betreffenden Kommunen weitergeben, damit sich dort die verantwortlichen Stellen weiter kümmern. Gegebenenfalls auch nachfragen, was aus der Meldung geworden ist.

Was den zweiten Teil betrifft, haben wir noch einmal eine Eigenkapitalerhöhung bei der GWG vorgesehen, damit diese in die Lage versetzt wird, entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten zur Schaffung weiteren bezahlbaren Wohnraumes wahrnehmen zu können. Aber darüber hinaus möchte ich einen ergänzenden Ansatz vorstellen, weil mit den herkömmlichen Herangehensweisen alleine der anspruchsvollen Aufgabenstellung nicht nachzukommen ist. Dieser ergänzende Ansatz sieht die Gründung einer gemeinnützigen operativen Stiftung „Bezahlbarer Wohnraum“ vor. Hierbei würde ein Teil des von uns für die Eigenkapitalerhöhung bei der GWG vorgesehenen Geldes als Kapitalstock in eine Stiftung gezahlt. In diese Stiftung könnten in der Folge Dritte (bspw. Unternehmen, sozial engagierte Menschen oder Erblasser) weitere Mittel in Form von Zustiftungen oder Spenden einbringen, die dann seitens der Stiftung zum Erhalt oder der Erstellung bezahlbaren Wohnraumes eingesetzt werden. Die recht neue Form einer partiellen Verbrauchsstiftung eröffnet in diesem Rahmen neue Chancen.

Neben den bereits zu Beginn erwähnten Themen werden uns in 2019 ebenso die stetig zunehmende Kinderarmut, die veränderten Anforderungen an die Mobilität sowie der Umgang mit der außergewöhnlich hohen Zahl an zugewanderten Menschen beschäftigen. Und ganz besonders werden sich unsere Überlegungen um die Bewältigung des Strukturwandels nach der Braunkohle und die Digitalisierung drehen.

Was die erforderliche Digitalisierung der StädteRegion betrifft, ist für einen Erfolg dringend die grundlegende Einigung darüber erforderlich, welche Standards die jeweils engagierten Infrastrukturunternehmen in welcher Zeit in den jeweiligen Orten für die Versorgung mit schnellem Internet zu erfüllen haben. Es kann nämlich nicht sein, dass sich manche Unternehmen nur um die Filetstücke kümmern und den weniger attraktiven Rest außer Acht lassen. So kann die von uns angestrebte flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet nämlich nicht gelingen. Was die Arbeitsplätze nach dem Ende der Braunkohle angeht, so ist neben Energieerzeugung, Industriearbeitsplätzen und Logistik auch die wohnortnahe Versorgung mit Lebensmitteln in den Blick zu nehmen. Hier bieten sich mit der Produktion unter Glas neue Möglichkeiten. Aquaponik wäre dabei eine Sparte mit bedeutendem Wachstumspotential und Arbeitskräftebedarf.

Der zur Abstimmung stehende Haushaltsentwurf enthält keine Grausamkeiten. Er beinhaltet vieles, das wir mittragen, aber bspw. mit dem Personalbewirtschaftungskonzept auch gravierende Dinge, denen wir nicht zustimmen können, so dass wir zu dem Entschluss gelangt sind, uns zu enthalten.

DIE LINKE dankt allen Beschäftigten für ihren beispielhaften Einsatz. Insbesondere gilt denen hier unser Dank, die für die Sitzungsvorlagen verantwortlich sind und denen, die stets unsere Vorstellungen in den Haushalt einarbeiten. Wobei das Engagement von Herrn Claßen eine extra Würdigung verdient.

Allen wünsche ich auch im Namen meiner Fraktion ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes gemeinsames Jahr 2019!